

Elektronische Gesundheitskarte stoppen!

Die Arzt-Patient-Beziehung schützen

Fast unbemerkt wird in diesen Tagen Europas ehrgeizigstes Großprojekt realisiert: Die elektronische Totalvernetzung des deutschen Gesundheitswesens. Ärzte, Krankenhäuser, Pflegedienste, Apotheken und Krankenkassen sollen mittels Datenautobahn vernetzt und für jeden Bürger soll eine elektronische Patientenakte angelegt werden. Der zentrale Schlüssel zu dieser "schönen neuen Welt" der Medizin ist die so genannte "elektronische Gesundheitskarte". Sie soll ab April 2008 die Krankenversichertenkarte ersetzen. Das Neue an der Gesundheitskarte ist ein integrierter Mikrochip, der zukünftig den Zugriff auf das zentrale Datennetz eröffnet. Neben den üblichen Stammdaten soll dort langfristig die gesamte Patientenakte inklusive Röntgenbilder, OP-Berichte etc. elektronisch abgespeichert werden.

Behauptet wird, dieses Großprojekt mache "das (Gesundheits-) System für alle Beteiligten transparenter", es ebne den Weg für "mehr Qualität, mehr Sicherheit und mehr Effizienz im Gesundheitswesen". Das schreibt Ministerin Ulla Schmidt in einer Werbebroschüre zur "Gesundheitskarte".

Die Arzt-Patient-Beziehung ist in Gefahr

Viele Ärztinnen und Ärzte sehen in diesem Streben nach absoluter Transparenz eine Gefahr für die Arzt-Patient-Beziehung. Darunter versteht man jene vertrauensvolle und nach außen geschützte Beziehung zwischen Arzt und Patient, die es dem



Patienten überhaupt erst ermöglicht, sich gegenüber seinem Arzt oder seiner Ärztin zu öffnen und sich beraten, bzw. behandeln zu lassen. Für viele Ärztinnen und Ärzte ist die Arzt-Patient-Beziehung die Grundlage, auf der Heilung möglich wird. Diese Beziehung ist durch achtsame Nähe und Würde gekennzeichnet. Allein das persönliche Gespräch über die eigenen körperlichen oder seelischen Befindlichkeiten gehört zu jenen Aspekten unserer Individualität, die wir sonst nur im Kreis unserer engsten Familie oder gegenüber unserem Partner bzw. unserer Partnerin offenbaren.

Das persönliche Gespräch in der ärztlichen Praxis, die Ergebnisse der körperlichen Untersuchungen; der auf Vertrauen gegründete "Behandlungsvertrag" zwischen Arzt und Patient - all dies steht von Natur aus im Widerspruch zu einer digital aufgezwungenen Transparenz. In der Vergangen-

heit ruhte innerhalb der Arzt-Patient-Beziehung auch die Hoheit über alle Daten des Patienten. In den meisten Fällen wusste der Patient seine Krankengeschichte im Aktenschrank der ärztlichen Praxis sicher aufbewahrt. Ansonsten galt der sprichwörtliche Gegensatz zur Transparenz: die ärztliche Schweigepflicht.

Wer hat die Kontrolle über die Patientendaten?

Nach den Plänen der Bundesregierung beginnt bald ein Besuch in der ärztlichen Praxis damit, dass der Patient seine Karte in ein Lesegerät steckt und seine PIN eingibt, damit der Arzt den Datensatz von einem zentralen Rechner abrufen kann. Es besteht die Gefahr, dass der Mensch hinter einem Vorhang aus Daten verschwindet. Ärzte werden in der Zukunft noch mehr Zeit damit verbringen, Daten einzugeben und Bildschirm und Tastatur werden

Die gematik GmbH

Um die Einführung dieser "Gesundheitskarte" voranzutreiben, haben 15 Spitzenorganisationen im deutschen Gesundheitswesen - darunter auch die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung - Anfang 2005 die gematik GmbH gegründet. Unterstützt wird die gematik GmbH von einem Industriekonsortium, das aus IBM Deutschland, dem Chipkartenhersteller ORGA, dem Softwarehersteller SAP, dem Patientenaktenspezialisten InterComponentWare sowie dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation besteht. Ungeachtet aller Kritik soll ab dem 2. Quartal 2008 mit der flächendeckenden Ausgabe der Karte begonnen werden.



quenzen bis heute unklar und hätte gravierende Auswirkungen

- ... weil das Arzt-Patient-Verhältnis durch die Speicherung sensibler Patientendaten in zentralen Servern schwer beschädigt oder sogar zerstört wird

- ... weil der Zugriff auf die Daten und deren Missbrauch durch Dritte nicht sicher zu verhindern sind

- ... weil die Patienten mit Hilfe des elektronischen Rezeptes in Risikoklassen eingeteilt werden können, die ihnen womöglich ein ganzes Leben lang anhaften und sie bei der Erlangung von Versicherungsverhältnissen benachteiligen

- ... weil die Handhabung unserer Praxisabläufe erheblich behindert wird

- ... weil die Kosten dieser milliardenschweren Entwicklung auf Patienten und Ärzte abgewälzt werden

- ... weil es keinen belegbaren medizinischen Nutzen gibt."

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist in Gefahr

Maschinenlesbarer Personalausweis, lebenslang gültige Steuernummer, weltweite Vernetzung - die Veränderung unseres Alltags durch Infor-

mations- und Kommunikationstechnologien ist nicht mehr zu übersehen. Nach Ansicht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Peter Schaar, ist diese gesellschaftliche Entwicklung unumkehrbar. Schaar fügt hinzu: "Zu beeinflussen ist allerdings, ob diese Gesellschaft dauerhaft durch mehr Entfaltungschancen für den Einzelnen oder durch immer weitergehendere Überwachung geprägt ist."

Längst sehen Datenschützer die informationelle Selbstbestimmung des Bürgers in Gefahr. Die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beschreibt den aktuellen Prozess so: "Eine ganze Kaskade von Gesetzen und Maßnahmen zur Ausdehnung der staatlichen Überwachung der Bürger sind in der Entwicklung, die zunehmend den Kernbereich privater Lebensgestaltung bedrohen und die mit einem erheblichen Risiko ihrer Verfassungswidrigkeit verbunden sind."

Der gläserne Patient, der gläserne Arzt

Ein neues Telekommunikationsgesetz soll ab 2008 ermöglichen, dass

immer mehr den direkten Kontakt zum Menschen ersetzen.

Wir wollen uns den Vorteilen moderner Kommunikationsmethoden nicht versperren, dennoch muss die Arzt-Patient-Beziehung unbedingt geschützt und die Hoheit der Patienten über die eigenen Daten gesichert werden. Die Folgen der nun geplanten Einführung der "elektronischen Gesundheitskarte" sind aus unserer Sicht zu wenig untersucht. Wir befürchten, dass wirtschaftliche Motive hier eine größere Rolle spielen als medizinische.

Auf internationaler Ebene arbeitet die Bundesregierung im Rahmen der "Globalisierung" an einer zunehmenden Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, und dabei soll auch das Gesundheitswesen "vermarktet", d.h. profitorientiert umgestaltet werden. Aber Gesundheit ist keine Ware! Deshalb sollten Ärzte und Patienten sich gemeinsam gegen die geplante Einführung der "elektronischen Gesundheitskarte" wehren.

Deutscher Ärztetag spricht sich gegen die Gesundheitskarte aus

Auch andere Ärzte- und Patientenverbände sowie kritische Informatiker und Bürgerrechtler wehren sich gegen das Großprojekt "elektronische Gesundheitskarte". Auf dem Deutschen Ärztetag (dem "Parlament" der deutschen Ärzteschaft) haben sich die Delegierten im Mai 2007 mit eindeutiger Mehrheit gegen die "elektronische Gesundheitskarte" ausgesprochen. Dies begründeten die Delegierten mit folgenden Argumenten:

"Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sollen die Weichen für eine grundlegende Modernisierung der Kommunikation im Gesundheitswesen gestellt werden. Diese politisch gewollte Maßnahme ist in vielen ihrer Konse-



"Heute wieder Totalausfall von 8.05 bis 11.00 Uhr. Ein kurzer Anruf beim Nachbarkollegen, dann ruhiges Weiterarbeiten. Der 'Supergau' ist Routine geworden, das System ist ein Schmarren, die Ausfälle gehören dazu. Sogar die Hotline hat sich schon darauf eingestellt. Ein Tonband sichert den Anrufernden die Abrechnungsgarantie zu. Als ob die das Hauptproblem wäre. Trotz aller Gelassenheit... Jeder Ausfall bringt Mehrarbeit für uns und unsere Angestellten. Die Realität macht alle Lobpreiser dieser Innovation lächerlich. Vorläufig tun die Verantwortlichen nach so, als würden sie es nicht bemerken."

Internettagebuch
Österreichischer
Hausärzteverband
14.12.2005
(In Österreich wurde die "E-Card" bereits 2005 eingeführt.)

Fotos:
Protestaktion der
Freien Ärzteschaft
beim 10. Hauptstadtkongress
in Berlin

Die "Krankheitskarte",
gestaltet von der
Freien Ärzteschaft

Das elektronische Rezept und die Risikoklassen

Mit Einführung der "elektronischen Gesundheitskarte" soll auch das Rezept auf Papier endgültig der Vergangenheit angehören. In Zukunft muss der Arzt die Daten für das Medikament direkt auf dem Mikrochip der Karte abspeichern. Die Daten werden in der Apotheke abgerufen. Neben der Einführung der "Gesundheitskarte" steht in den nächsten Jahren auch die Einführung eines "morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich" (Morbi-RSA) auf dem Programm der Bundesregierung. Der Morbi-RSA ist ein Finanzausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen aufgrund der ermittelten Krankheitsanfälligkeit einzelner Bevölkerungsgruppen. Um diese zu berechnen, benötigt man umfassende Gesundheitsdaten aus der Bevölkerung. Mit dem Morbi-RSA und den Datensätzen aus den "elektronischen Rezepten" ist es möglich, jeden Bundesbürger (und seine Familie) nach der Krankheitsanfälligkeit zu klassifizieren ("Morbi-Stempel").

alle Handy- und Telefonverbindungsdaten und der Email-Verkehr zum "Zweck der Verbrechensabwehr" vom Staat überwacht werden kann. Bewegungsprofile der ganzen Bevölkerung können durch die Standortregistrierung aller Handygespräche hergestellt, und private Computer sollen heimlich ausgeforscht werden. Es ist geplant, die Arzt-Patienten-Gespräche z.B. bei Verdacht auf Kreditkartenbetrug durch den Patienten "verdeckt" zu überwachen.

Gerade die Informationen über den eigenen Körper- und Seelenzustand gehören zu den intimsten Daten eines Menschen. Daher gilt es, diesen persönlichen Bereich ohne jede Einschränkung vor dem Zugriff staatlicher und kommerzieller Instanzen abzuschirmen. Zusammen mit anderen Ärzteverbänden fordert die IPPNW, dass Datenschutz, Datenhoheit des Patienten und die Unverletzlichkeit einer vertrauensvollen Arzt-Patient-Beziehung die Grundvoraussetzungen bei der Einführung einer "elektronischen Gesundheitskarte" sein müssen.

Der Großteil der Kritiker der "Gesundheitskarte" spricht sich nicht ge-

nerell gegen eine verbesserte Kommunikation im Gesundheitswesen aus. Natürlich muss jede Möglichkeit geprüft werden, mit der Notfall- und sonstige Behandlungsdaten schnell verfügbar sind und Wechselwirkungen zwischen Medikamenten geprüft werden können. Das machen die Ärzte auch heute schon täglich, vor allem die Hausärzte. Dazu müssen nicht die Krankheits- und Behandlungsdaten in zentralen Servern gespeichert werden.

Nein zur Gesundheitskarte - Es geht auch anders!

Bei aller Ablehnung fehlt es nicht an Alternativen zur "Gesundheitskarte": Es gibt Vorschläge für "Gesundheitskarten" in Form eines USB-Sticks, auf dem der Patient wichtige medizinische Informationen wie Notfalldaten und persönliche Arzneimittelrisiken, sprichwörtlich selbst in der Hand hat.

Zahlreiche niedergelassene Ärzte und Ärztinnen verweisen darauf, dass eine Vernetzung der Praxen auf regionaler Ebene ausreichen würde, um eine effektivere Versorgung der Patienten zu gewährleisten. Überhaupt bezweifeln viele Ärztinnen und Ärzte die Grundunterstellung der

Gesundheitskarten-Befürworter: Nämlich dass es unserem Gesundheitssystem an Sicherheit, Effizienz und Qualität mangle. In Wirklichkeit wird es im Interesse der Gesundheitswirtschaft kommerziell umgestaltet und es wird verstärkt an den Menschen gespart.

Tests haben gezeigt: Die Gesundheitskarte fordert mehr Zeit für die Datenverarbeitung. Es bleibt weniger Zeit für den direkten Kontakt zum Patienten.
Foto: BKK

**Gesundheitskarte:****Kosten und zeitlicher Aufwand ungewiss**

Eine Geschichte wie aus einem Film: Die gematik GmbH hatte im Jahr 2006 die Consulting-Firma Booz-Allen-Hamilton mit einer Kosten-Nutzen-Analyse zur "Gesundheitskarte" beauftragt. Das Ergebnis war anders als erwartet: Die Analyse der Firma wies auf eine massive Kostenexplosion hin. Daraufhin wurde das Papier unter Verschluss gehalten - bis es dem Chaos-Computer-Club (CCC) zugespielt wurde, der es prompt im Internet veröffentlichte. Die Kosten für das Großprojekt werden vom Bundesgesundheitsministerium auf 1,4 Milliarden Euro geschätzt. Booz-Allen-Hamilton prognostiziert Kosten von bis zu 7 Milliarden Euro. Nach Schätzungen aus der Testregion Flensburg entstehen für eine Arztpraxis 12.000-16.500 Euro Investitions- und Folgekosten innerhalb der ersten 10 Jahre nach Einführung der "Gesundheitskarte". In der Booz-Allen-Hamilton-Kostenanalyse werden die Ärzte und Apotheker als die großen Verlierer genannt: Ihr "Nettonutzen" läge bei minus 3,7 Milliarden Euro.

Zeit für die Datenverarbeitung statt für den Patienten

In den Werbetexten der gematik GmbH ist zu lesen, dass die "Gesundheitskarte" die Arbeitsabläufe verbessere und dadurch der Arzt bzw. die Ärztin mehr Zeit für den Patienten habe. Bisherige Tests haben das Gegenteil gezeigt: Untersuchungen aus der Testregion Schleswig-Holstein ergaben, dass die Ausstellung eines "elektronischen Rezeptes" für ein Medikament im Durchschnitt 24 Sekunden dauert. Im Verhältnis zu den 2,13 Sekunden, innerhalb derer ein Arzt oder eine Ärztin ein Papierrezept ausstellt, würde das zu einem Zeitverlust von 27 Stunden ärztlicher Arbeitszeit im Monat führen. Zeit, die für den direkten Kontakt zu Patienten nicht mehr zur Verfügung steht.

Persönliche Krankheitsdaten Kosten: 0,00 €

wichtigste Diagnosen: Neurodermitis, Psoriasis, Gonorrhoe, Alkoholabusus
Therapien: Psychotherapie, Psychoanalyse, Psychotherapie, MDTM
Medikamente: Amoxicillin, Citralomax, Zweron, Scopolin, Mirtazapin, Sildenafil
Therapie-Tageskosten: 15, -
Allergien: Nahrungsmittelallergien, Pollenallergien
Blutgruppe: A rh. neg., B pos.
Organspender: ja

Eine Information der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., September 2007

IPPNW-Geschäftsstelle
Körtestraße 10, 10967 Berlin
Tel. 030 / 698 074 - 0
Fax 030/ 693 81 66
Email: kontakt@ipnw.de
http://www.ipnw.de
Layout: Angelika Wilmen
Redaktion: Sven Hessmann
Titelfoto: Protestaktion der Freien Ärzteschaft
Fotos: Freie Ärzteschaft, BKK



Spendenkonto 502 303 33, Stadtparkasse Gaggenau, BLZ 665 512 90

Initiative
"Arzt-Patient-Beziehung schützen!"
c/o IPPNW, Körtestr. 10
10967 Berlin
Fax: 030-693 81 66

Erklärung

An die Ministerin für Gesundheit, Frau Ulla Schmidt:

Datenschutz, Datenhoheit des Patienten und die Unverletzlichkeit einer vertrauensvollen Arzt-Patient-Beziehung mit vollständiger Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht müssen die Grundvoraussetzungen bei jeder Modernisierung der Kommunikation im Gesundheitswesen sein. Dies sehe ich bei der "elektronischen Gesundheitskarte" und der später folgenden "elektronischen Gesundheitsakte" nicht gegeben.

Daher erkläre ich hiermit, dass ich die geplante "elektronische Gesundheitskarte" ablehne und alle rechtlichen Möglichkeiten unterstützen werde, eine zentrale Erfassung von Gesundheitsdaten zu verhindern.

Ort, Datum und Unterschrift

.....
Name

.....
Vorname

.....
Straße

.....
PLZ und Ort

Ich wünsche weitere Informationen.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Erklärung an die oben genannte Adresse. Die IPPNW wird die gesammelten Unterschriften dem Bundesministerium für Gesundheit übergeben. Diese Erklärung können Sie auch online unterzeichnen unter www.ipnw.de/Soziale_Verantwortung/E-Card_stoppen/

Was kann ich tun?

Trotz eines breiten Widerstandes vor allem in der Ärzteschaft soll die "Gesundheitskarte" in wenigen Monaten deutschlandweit unverändert ausgegeben werden. Wenn die Kritiken und Sorgen der ÄrztInnen, Pfleger, TherapeutInnen und von Patientenverbänden kein Gehör finden, sind deutlichere Zeichen nötig, um Widerstand zu signalisieren. Den verantwortlichen Planern muss klargemacht werden, dass dieses Projekt in breiten Kreisen der Bevölkerung auf Ablehnung stößt.

Bitte unterschreiben Sie die Erklärung auf dieser Seite. Sprechen Sie mit Menschen in Ihrem Umfeld über die "elektronische Gesundheitskarte" (Sie können mehr Exemplare dieses IPPNW-aktuell von der Geschäftsstelle anfordern). Ein breites Bündnis von Organisationen setzt sich zurzeit gegen den Überwachungsstaat und die Kommerzialisierung unseres Gesundheitswesens ein. Beteiligen Sie sich an deren Aktionen. Schreiben Sie an Abgeordnete im Bundestag, besonders an die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit (Siehe: www.abgeordnetenwatch.de). Nehmen Sie in Leserbriefen Bezug auf Artikel zur "Gesundheitskarte". Mit vielen kleinen Schritten können wir es schaffen, dass die geplante Einführung der "elektronischen Gesundheitskarte" gestoppt und überdacht wird.

Weitere Informationen unter www.ipnw.de/Soziale_Verantwortung/E-Card_stoppen/ und von der IPPNW-Arbeitsgruppe zur elektronischen Gesundheitskarte Sven Hessmann, Matthias Jochheim, Dr. Silke Lüder und Dr. Manfred Lotze, c/o Geschäftsstelle der IPPNW IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin